

Niederschrift

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Verwaltungs- und Bauausschusses am 26.09.2006, 17:00 Uhr, im neuen Sitzungssaal des Rathauses

Anwesend:

1. Oberbürgermeister Moser (bis Punkt 2 Nr. 1)
2. 2. Bürgermeisterin Gold
3. Stadtrat Dr. Kröckel (ab Punkt 1 Nr. 5)
4. Stadtrat Mahlmeister
5. Stadträtin Sagol
6. Stadträtin Schwab
7. Stadtrat Schardt (ab Punkt 1 Nr. 4)
8. Bürgermeister Böhm (ab Punkt 2 Nr. 2 für OB Moser)
9. Stadtrat Lux (ab Punkt 2 Nr. 2 für Bürgermeister Böhm)
10. Stadtrat Schmidt
11. Stadträtin Richter
12. Stadträtin Schmidt
13. Stadträtin Wallrapp (i.V. für Stadtrat Haag)
14. Stadtrat Konrad

Als Gast:

Stadtrat Lux (bis Punkt 2 Nr. 1)

Berichterstatter:

Berufsm. Stadtrat Groß für Amt 6
Dipl.-Ing. (Uni) Lepelmann für Amt 6
Assessorin Ingrisich für Amt 6
Rechtsrätin Schmöger für Amt 3
Oberamtsrat Schwarz für Amt 3

Schriftführer:

Hauptsekretär Felbinger

Feststellung gemäß § 22 der Geschäftsordnung:

Die Ladung zur Sitzung ist ordnungsgemäß erfolgt. Zu Beginn der Sitzung sind mehr als die Hälfte der Ausschussmitglieder anwesend. Der Ausschuss ist somit beschlussfähig.

Öffentlicher Teil der Sitzung

- 1. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen**
BGVNr. 113/06
Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Carport
K.-Rother-Str. 11, Fl.Nr. 4047/25, Gmkg. Kitzingen
Antragsteller: V.+G. Schreiber, Hassfurt

- einstimmig -

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Die bauaufsichtliche Genehmigung zum Neubau eines Einfamilienwohnhauses mit Carport auf Fl.Nr. 4047/25, K.-Rother-Str. 11 in Kitzingen, durch die Eheleute Schreiber, Hassfurt, ist unter Befreiung von den Festsetzungen

Traufhöhe talseits
Kniestock
Firstrichtung

des B-Plans Nr. 82 „Buddental-West“ nach Abschluss des Verfahrens zu erteilen.

- 2. Punkt 2 der Tagesordnung: Bausachen**
BGVNr. 114/06
Neubau eines Imbisshauses
Grabenschütt 2 Fl.Nr. 154
Antragsteller: Eheleute Sari, Kitzingen

- einstimmig -

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Die bauaufsichtliche Genehmigung zum Neubau eines Imbisshauses auf Fl.Nr. 154, Grabenschütt 2 in Kitzingen, durch die Eheleute Sari, Kitzingen, ist wegen fehlender Einfügung in die Umgebung sowie Verstoßes gegen die Vorgaben der „Gestalterischen Leitlinien“ nicht zu erteilen.

- 3. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen**
BGVNr. 124/06 – Bauvoranfrage –
Betrieb einer Welpenschule Fl.Nr. 347 Gmkg. Klosterforst
Antragsteller: M. Weltner, Albertshofen

- 8 : 3 Stimmen -

Die bauaufsichtliche Genehmigung für den Betrieb einer Welpenschule auf Fl.Nr. 347 Gmkg. Klosterforst durch Frau M. Weltner, Albertshofen, kann wegen

fehlender Erschließung nicht in Aussicht gestellt werden.

- 10 : 1 Stimme -

Der Betrieb einer Welpenschule auf Fl.Nr. 347 Gmkg. Klosterforst durch Frau M. Weltner, Albertshofen, wird befristet/bis auf weiteres geduldet.

- 4. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen**
Vollzug der Gestaltungssatzung
Befreiungsantrag zu § 10 „Tore und Außentüren“
Schrannenstr. 41, Gemarkung Kitzingen
Antragsteller: Frau E. Weichsel, Dettelbach

- 3 : 8 Stimmen -

Der beantragten Befreiung von den Vorgaben der Gestaltungssatzung zu § 10 „Tore und Außentüren“ – Material – kann wegen der Bezugsfallproblematik nicht zugestimmt werden.

- 8 : 3 Stimmen -

Aufgrund der besonderen Voraussetzungen (Holzimitatfolie sowie dem Abstand zum Straßenrand bzw. –raum) wird einer Befreiung vom § 10 Gestaltungssatzung - hier: Türmaterial – zugestimmt.

- 5. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen**
BGVNr. 171/05
Errichtung eines Einfamilienhauses
Gartenstr. 49a, Fl.Nr. 5564/1 Tfl. Gemarkung Kitzingen
Antragsteller: M. Dehn, Würzburg

Auf Vorhaltungen von 2. Bürgermeisterin Gold hin, der Stadtrat wäre in der letzten Sitzung seitens der Verwaltung nicht richtig unterrichtet gewesen, stellt Dipl.-Ing. Lepelmann klar, dass der Antrag auf Änderung der Dachfarbe erst am Tag der Sitzung des Verwaltungs- u. Bauausschusses beim Stadtbauamt einging.

Nach weiterer Debatte zwischen 2. Bürgermeisterin Gold, Stadträtin Richter und der Verwaltung stellt Stadtrat Mahlmeister den Antrag auf Ende der Rednerliste, da noch weitere wichtige Angelegenheiten zu behandeln sind.

Der Oberbürgermeister bittet um Abstimmung über den Antrag.

- einstimmig -

Dem Antrag von Stadtrat Mahlmeister wird stattgegeben.

Nach längerer Diskussion über die Dachfarbe zwischen der Verwaltung und insbesondere den Stadträten Schmidt, Schardt, Wallrapp und 2. Bürgermeisterin

Gold stellt der Oberbürgermeister fest, dass mehrheitlich der Abstimmungswunsch nach Punkt 2.2 besteht.

- 9 : 4 Stimmen -

Der Änderung der Dachfarbe für das o.a. BV 171/05 „Errichtung eines Einfamilienhauses“ auf Fl.Nr. 5564/1 Tfl. in schwarz-/grau wird zugestimmt.

- 6. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen
BGVNr. 100/06
Werbeanlage (Quick-Schuh)
Falterstr. 1-3, Fl.Nr. 821, Gemarkung Kitzingen
Antragsteller: Fa. Beutel, Neustadt/Aisch**

- 11 : 2 Stimmen -

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Aufgrund möglicher Bezugswirkung und anderer Lösungsmöglichkeiten kann der beantragten Befreiung von der Werbeanlagensatzung § 6 Abs. 1 (e) (Fensterbeklebung) nicht zugestimmt werden.

Außer der Ablehnung ist auch die Beseitigung zu veranlassen.

- 7. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen
BGVNr. 85/06
Errichtung einer Werbeanlage (Bandenwerbung) auf Fl.Nr. 1596/5;
97318 Kitzingen-Hohenfeld
Antragsteller: Schäferhundverein Kitzingen e.V., Frau Claudia Fuhrmann,
Unterickelsheim 51, 97940 Martinsheim
hier: Ablehnung (Straßenbauamt)**

- 9 : 4 Stimmen -

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Der Antrag für die Errichtung einer Werbeanlage (Bandenwerbung 2 x 55 m – verschiedene Firmen) auf Fl.Nr. 1596/5, 97318 Kitzingen – Hohenfeld durch den Schäferhundverein KT e.V., Frau Claudia Fuhrmann, Unterickelsheim 51, 97940 Martinsheim, wird wegen der zu erwartenden negativen Auswirkung auf den fließenden Verkehr der stark befahrenen Staatsstraße, ohne das ein „Ort der Leistung“ vorliegt (ablehnenden, einschlägigen Vorgaben des § 33 der StVO) abgelehnt.

- 8. Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen
BGVNr. 127/06
Errichtung einer Einfriedung, eines Carports und eines Gartenhäuschens
inkl. Nutzungsänderung
Fl.Nr. 877/2, Waldstr. 19, Gemarkung Sickershausen
Antragsteller: Fr. Fretzer, Kitzingen, Eheleute Fuhrmann, Unterickelsheim**

- einstimmig -

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Die bauaufsichtliche Genehmigung zur Errichtung einer Einfriedung, eines Carports und eines Gartenhäuschens inkl. Nutzungsänderung auf Fl.Nr. 877/2, Waldstr. 19, Gmkg. Sickershausen durch Fr. Gretzer, Kitzingen und Eheleute Fuhrmann, Unterickelsheim, ist - verknüpft mit der Diensthundehaltung - zu erteilen. Die Genehmigung bezieht sich nicht auf den vorh. Zaun. Der vorhandene Zaun wird auf unbefristete Zeit geduldet.

9. **Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen**
BGVNr. 63/06
Einbau eines Kamins auf Fl.Nr. 3826, Frankenweg 71, 97318 Kitzingen,
Antragsteller: Helmut Hamm, Frankenweg 71, 97318 Kitzingen
hier: Widerspruch der Nachbarn, Frau Erna Hubert und Herrn Baptist
Hubert, Frankenweg 75, 97355 Kleinlangheim

- einstimmig -

Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.

Dem Widerspruch der Fam. Hubert vom 14.06.2006 gegen den Baubescheid über die bauaufsichtliche Genehmigung für einen Einbau eines Kamins auf Fl.Nr. 3826, Frankenweg 71, 97318 Kitzingen, durch Herrn Helmut Hamm, Frankenweg 71, 97318 Kitzingen, wird unter Berücksichtigung der nachbarlichen Interessen und wegen fehlendem Verstoß gegen baurechtliche Vorschriften, nicht abgeholfen.

10. **Punkt 1 der Tagesordnung: Bausachen**
Vollzug des Denkmalschutzgesetzes
Erlaubnis zur Montage einer Photovoltaikanlage (Dach)
Fl.Nr. 155, Kraußstr. 13, Hohenfeld
Antragsteller: G + R. Kappes, Hohenfeld

Nach längerer Debatte zwischen der Verwaltung und den Stadträten Wallrapp, Richter, Schmidt, Schardt und 2. Bürgermeisterin Gold stellt Stadträtin Schwab den Antrag auf Abstimmung.

- einstimmig -

Dem Antrag von Frau Stadträtin Schwab auf Ende der Debatte wird zugestimmt.

- 2 : 11 Stimmen -

Vom Sachvortrag der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Die denkmalpflegerische Zustimmung zur Montage einer Photovoltaikanlage

(Dach) auf Fl.Nr. 155, Kraußstr. 13, Hohenfeld, durch G. + R. Kappes, Hohenfeld, kann wegen Beeinträchtigung denkmalpflegerischer Belange der Ev. Dorfkirche Hohenfeld nicht erteilt werden.

Stadträtin Wallrapp schlägt vor, die vorliegende Variante 2 zu genehmigen und darüber abzustimmen.

- 11 : 2 Stimmen -

Der Montage einer Photovoltaikanlage nach der vorliegenden Variante 2 wird zugestimmt.

11. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Geschwindigkeitsbeschränkung in der Heinrich-Fehrer-Straße

Der Oberbürgermeister erinnert an die Beschlüsse aus der Sitzung des Verwaltungs- u. Bauausschusses vom 25.07.2006, wonach die Geschwindigkeit in der Heinrich-Fehrer-Straße vom Beginn der Nordtangente bis Ortsschild in beiden Richtungen auf 50 km/h festgelegt wurde. Aufgrund dieser Beschlüsse liegt nun ein Widerspruch der Anwohner im vorderen Bereich der Heinrich-Fehrer-Straße vor.

Oberamtsrat Schwarz ergänzt, dass der Vollzug dieser Beschlüsse ausgesetzt wurde, um in der heutigen Sitzung nochmals darüber zu beraten bzw. nochmals abzustimmen, ob die Beschlüsse aufrecht erhalten werden.

Stadträtin Wallrapp weist darauf hin, dass den Anwohnern beim Bau der Nordtangente zugesichert wurde, die Heinrich-Fehrer-Straße zwischen der Ampelanlage und der Einmündung „Im Gartenland“ nach Fertigstellung der Nordtangente auf 30 km/h zu beschränken. Der Abbiegeverkehr von der Nordtangente in die Heinrich-Fehrer-Straße sei viel zu schnell, daher sei die Geschwindigkeitsbeschränkung in diesem Bereich auf 30 km/h auch weiterhin vertretbar.

2. Bürgermeisterin Gold verweist darauf, dass in der letzten Sitzung auf mögliche Zusagen nicht hingewiesen wurde und kritisiert, dass im Zusammenhang mit dem Bau der Nordtangente zu viele Zusagen getroffen wurden. Der Forderung der Anwohner, die 30 km/h-Beschränkung im vorderen Bereich der Heinrich-Fehrer-Straße zu belassen, sollte nicht nachgegeben werden. Nach Meinung von Frau Gold gibt in Kitzingen genügend Beispiele, wo die Situation für die Anwohner gleich schwierig bzw. schwieriger ist, als die in der Heinrich-Fehrer-Straße.

Stadtrat Schmidt fragt an, ob eine schriftliche Zusage der Stadt vorliegt, wonach sie gebunden ist, die 30 km/h in diesem Bereich zu lassen.

Oberamtsrat Schwarz erklärt, dass eine derartige Zusage in keinem Schriftverkehr bezüglich der Nordtangente enthalten ist.

Stadtrat Schmidt ist der Meinung, man solle sich vom ständigen Hin und Her abwenden und die in der letzten Sitzung gefassten Beschlüsse bestätigen.

Oberamtsrat Schwarz weist nochmals darauf hin, dass darüber zu entscheiden ist, ob der in der letzten Sitzung gefasste Beschluss, den Teilbereich der Heinrich-

Fehrer-Straße zwischen Nordtangente und Einmündung „Im Gartenland“ auf 50 km/h zu erweitern, aufrechterhalten wird oder ob weiterhin 30 km/h belassen werden.

Stadtrat Dr. Kröckel spricht sich für eine Geschwindigkeit von 50 km/h in der Heinrich-Fehrer-Straße aus. Eine Reduzierung auf 30 km/h würde dem Charakter der Straße widersprechen.

Der Oberbürgermeister bittet um Abstimmung, dass der Beschluss des Verwaltungs- u. Bauausschusses vom 25.07.2006 bezüglich der Geschwindigkeit von 50 km/h in der Heinrich-Fehrer-Straße zwischen Nordtangente und der Straße „Im Gartenland“ nicht aufrecht erhalten wird.

- Mit 6 : 7 Stimmen -

Der Oberbürgermeister stellt fest, dass es damit beim Beschluss vom 25.07.2006 bleibt, dass die Geschwindigkeit auch im Bereich zwischen Nordtangente und der Straße „Im Gartenland“ auf 50 km/h angehoben wird.

Der Oberbürgermeister unterbricht um 18:55 Uhr die Sitzung und übergibt den Vorsitz an Bürgermeister Böhm.

**12. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Sperrung der Verbindung „Am Sonnenstuhl“/Wirtschaftsweg**

Oberamtsrat Schwarz trägt den Antrag Hoheimer Bürger vor, die Zufahrt von der Straße „Am Sonnenstuhl“ zu dem Wirtschaftsweg durch Sperrpfosten zu unterbinden. Der Wirtschaftsweg ist zwar durch Verkehrszeichen gesperrt, wird aber als Umfahrung genutzt. Insbesondere werden durch die Nutzung des Wirtschaftsweges durch nichtberechtigte Fahrzeuge spielende Kinder im Bereich Dietwarstraße gefährdet.

Auf Anfrage von Stadträtin Sagol teilt Oberamtsrat Schwarz mit, dass berechtigte landwirtschaftliche Fahrzeuge von dieser Sperrung nicht eingeschränkt werden.

- Einstimmig -

Der Sperrung der Zufahrt von der Straße „Am Sonnenstuhl“ zum Wirtschaftsweg (Richtung Fröhstockheimer Straße) wird zugestimmt.

**13. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Beseitigung des „eingeschränkten Haltverbots“ vor dem ehem. Zollamt**

Oberamtsrat Schwarz trägt den Antrag verschiedener Verkehrsteilnehmer vor, das „eingeschränkte Haltverbot“ vor dem ehem. Zollamt zu entfernen. Durch den Wegfall könnten ca. 4 Dauerparkplätze entstehen.

Stadtrat Konrad fragt an, ob nicht ein Behindertenparkplatz berücksichtigt werden kann.

Oberamtsrat Schwarz verweist auf den nur wenige Meter entfernten Behindertenparkplatz vor dem Ärztehaus. Sollte nach einer Beobachtungszeit das Erfordernis eines weiteren Parkplatzes für Behinderte für notwendig erachtet werden, müsse darüber nochmals beraten werden.

- Einstimmig -

Der Beseitigung des „eingeschränkten Haltverbots“ vor dem ehem. Zollamt wird zugestimmt.

**14. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten
Einführung der kommunalen Geschwindigkeitsüberwachung im Bereich der Stadt Kitzingen**

Oberamtsrat Schwarz verweist auf die Sitzung des Stadtrates vom 11.05.2006, worin mehrheitlich der Beschluss gefasst wurde, eine Zweckvereinbarung mit dem Zweckverband „Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern“ abzuschließen.

Mit Wirkung vom 12.08.2006 wurde der Zweckverband wegen verschiedener Unregelmäßigkeiten aufgelöst.

Zu diesem Zeitpunkt war der Vertrag zum Beitritt seitens der Verwaltung in Vorbereitung.

Derzeit werden in Bayern verschiedene Lösungen diskutiert, um Geschwindigkeitsüberwachungen bei den Kommunen durchzuführen. Seitens Herrn Schwarz werden die derzeit zur Diskussion stehenden Konzepte genannt.

Die Favoritenrolle nimmt hierbei zweifellos ein noch zu gründender Zweckverband der Kommunen ein.

Seitens der Verwaltung wird vorgeschlagen, die weitere Entwicklung für die Gründung eines Zweckverbandes und eines Kommunalunternehmens abzuwarten. Danach wird die Angelegenheit erneut zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

Stadträtin Wallrapp ist der Meinung, man solle sich dem neuen bayernweiten Zweckverband anschließen. Seitens der Stadt Kitzingen soll signalisiert werden, dass Interesse an einem Anschluss besteht.

Oberamtsrat Schwarz sagt hierzu, dass seitens der Verwaltung bereits entsprechende Maßnahmen eingeleitet wurden. Die Modalitäten für einen Anschluss müssten dann dem Stadtrat erneut vorgelegt werden.

Bürgermeister Böhm plädiert ebenfalls dafür, zunächst abzuwarten, wie sich die Angelegenheit entwickelt, zu gegebener Zeit soll die Angelegenheit erneut vorgelegt werden.

- Ohne Abstimmung -

Von den Ausführungen der Verwaltung wird Kenntnis genommen.

Die Gründung eines Zweckverbandes und eines Kommunalunternehmens durch Kommunen wird zunächst abgewartet, um die entsprechenden Bedingungen des Zweckverbandes kennen zu lernen. Zu gegebener Zeit wird die Angelegenheit erneut zur Beschlussfassung vorgelegt.

15. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Kronenkreuzung

Oberamtsrat Schwarz erinnert an den Beschluss des Verwaltungs- u. Bauausschusses in der Sitzung am 23.05.2006 bezüglich der Installation von zwei Fußgängerampeln im Bereich des „Kronen-Ecks“ nach Fertigstellung der Mainbernheimer Straße und der Schwarzacher Straße. Nach Fertigstellung des Ausbauabschnittes Mainbernheimer Straße wird es für ca. 1 Jahr nur eine Fahrtrichtung Mainbernheimer Straße / Balthasar-Neumann-Straße / Alte Mainbrücke geben.

Diese ausschließliche Fahrtrichtung bietet die Möglichkeit, dem Wunsch verschiedener Etwashäuser Bürger nachzukommen, die der Meinung sind, im Bereich des „Kronen-Ecks“ wäre ein Fußgängerüberweg anstelle einer Bedarfsampel ausreichend.

Damit wäre vorstellbar, im Bereich Mainbernheimer Straße / Kronen Eck zunächst mit einem Fußgängerüberweg zu beginnen. Allerdings solle für den Endausbau eine Fußgängerampel vorgesehen werden. Sollte sich dadurch herausstellen, dass der Fußgängerüberweg aus Sicherheitsgründen nicht ausreicht, kann sofort eine Bedarfsampel eingerichtet werden.

Seitens der Polizeiinspektion Kitzingen wird diese Lösung ebenfalls befürwortet. Die Polizei ist auch bereit, die Sicherheit des Fußgängerüberweges zu beobachten. Für diese Lösung spricht auch, dass derzeit wenige Schulkinder die Straße queren, da diese durch einen Schulbus befördert werden.

Oberamtsrat Schwarz fasst nocheinmal zusammen, dass bei der Fertigstellung der Mainbernheimer Straße geplant ist, zunächst einen Fußgängerüberweg einzurichten, auf die Ampelanlage derzeit zu verzichten und, falls erforderlich, diese sofort nachzurüsten. Dies wäre nach Aussage des Bauamtes kurzfristig möglich.

2. Bürgermeisterin Gold findet den Vorschlag zum jetzigen Zeitpunkt akzeptabel, da der Verkehr durch eine Ampel nur aufgehalten wird.

Stadtrat Konrad spricht sich aus Sicherheitsgründen entschieden gegen den Vorschlag aus, da nach seiner Meinung der Verkehr nach Fertigstellung der Mainbernheimer Straße wieder zunehmen wird.

Stadträtin Schwab ist der Meinung, dass den Kindern durchaus etwas zugetraut werden sollte. Sie müssten lernen, mit dem Verkehr umzugehen. Nicht überall ist die Querung einer Straße durch einen Überweg abgesichert. Sie spricht sich für den Fußgängerüberweg aus.

Berufsm. Stadtrat Groß zitiert aus dem Planfeststellungsbeschluss im Hinblick auf die Schließung der Alten Mainbrücke und stellt fest, dass diese bis zur Fertigstellung der Bauabschnitte der Nordtangente offen gehalten werden muss. Weiterhin bringt Berufsm. Stadtrat Groß den Vorschlag des Bauamtes ein, eine

Baustellenampel für die Zeit aufzustellen, in der die Baustelle noch nicht abgeschlossen ist. Die Baustellenampel solle als Ersatz für die Fußgängerbedarfsampel zum Einsatz kommen. Je nach dem Fortgang der Bauarbeiten der Schwarzacher Straße könne dann die provisorische Ampel gegen eine Bedarfsampel ausgetauscht werden. Mit dem Einsatz einer Baustellenampel könnten nach Auffassung von Herrn Groß auch noch Kosten gespart werden, da die laufenden Wartungskosten einer Bedarfsampel entfallen.

Rechtsrätin Schmöger und Oberamtsrat Schwarz sprechen sich entschieden gegen den Vorschlag des Bauamtes aus, da eine Baustellenampel den Erfordernissen nicht gerecht werde.

Rechtsrätin Schmöger stellt fest, dass bereits ein Beschluss zur Aufstellung von zwei Bedarfsampeln vorliegt. Oberamtsrat Schwarz habe nun in Ergänzung dieses Beschlusses einen anderen Lösungsvorschlag vorgebracht.

2. Bürgermeisterin Gold ist der Auffassung, dass durch die Aufstellung einer behelfsmäßigen Baustellenampel eine weitere Gefahrenstelle geschaffen wird. Es soll deshalb der Versuch mit einem Fußgängerüberweg, wie vorgeschlagen, durchgeführt werden.

Oberamtsrat Schwarz bittet um Zustimmung, den Beschluss vom 23.05.2006 über die Installierung von zwei Fußgängerampeln aufzuheben und die Anlegung eines Fußgängerüberweges in der Mainbernheimer Straße zu beschließen. Die erforderlichen Maßnahmen einer Nachrüstung mit 2 Fußgängerampeln sind zu treffen.

Auf Anfrage von Stadtrat Lux bezüglich eines zweiten Fußgängerüberweges in der Schwarzacher Straße erklärt Oberamtsrat Schwarz, dass darüber gesondert entschieden wird.

Bürgermeister Böhm bittet um Zustimmung für den Vorschlag von Oberamtsrat Schwarz.

- Mit 10 : 3 Stimmen -

Der Beschluss des Verwaltungs- u. Bauausschusses vom 23.05.2006, am „Kroneneck“ zwei Bedarfsampeln aufzustellen, wird aufgehoben.

Dem Vorschlag der Verwaltung, zunächst einen Fußgängerüberweg in der Mainbernheimer Straße anzulegen und die erforderlichen Maßnahmen für die Nachrüstung für zwei Fußgängerampeln zu treffen, wird zugestimmt.

16. Punkt 2 der Tagesordnung: Verkehrsangelegenheiten Information über die Beschilderung für den Mautverkehr

Oberamtsrat Schwarz informiert über den Sachstand bezüglich der Beschilderung für den Mautausweichverkehr.

Das Verfahren bei der Regierung von Unterfranken ist abgeschlossen. Die Aufstellungsorte der erforderlichen Beschilderung sind mit dem Straßenbauamt Würzburg abgesprochen. Der Auftrag für die Schilder wurde erteilt. Eine Aufstellung der Schilder ist derzeit noch nicht möglich, da momentan im Zuge der

B 22 und der B 286 Befragungen der Verkehrsteilnehmer durchgeführt werden. Nach Abschluss der Verkehrsbefragungen werden auf den Autobahnen und den Bundesstraßen die Schilder zeitgleich aufgestellt. Als Termin für die Sperrung ist Ende Oktober vorgesehen.

- Ohne Abstimmung -

Von den Informationen der Verwaltung über den Sachstand „Mautausweichverkehr“ wird Kenntnis genommen.

**17. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges
Abhaltung von Jahrmärkten in der Stadt Kitzingen
Abschaffung der Jahrmärkte**

Oberamtsrat Schwarz trägt vor, dass bedauerlicherweise vorgeschlagen werden muss, die Jahrmärkte ab 2007 nicht mehr durchzuführen.

Seit Jahren ist eine rückläufige Tendenz von Qualität, Beschickung und der Anzahl der Marktbesucher zu beobachten. Es wird deshalb vorgeschlagen, ab dem Jahr 2007 keine Jahrmärkte mehr abzuhalten.

- Einstimmig -

Ab dem Jahr 2007 werden in der Stadt Kitzingen keine Jahrmärkte mehr abgehalten.

**18. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges
Antrag auf Aufstellung eines Verkaufsstandes im Bereich des Marktplatzes**

- Einstimmig -

Dem Antrag der Fa. Gummibären-West Bad Neustadt, jeweils freitags und samstags im Bereich des Marktplatzes einen Verkaufsstand für Fruchtgummi und Geschenkartikel aus Fruchtgummi aufzustellen, wird nicht stattgegeben.

**19. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges
Erlass einer Rechtsverordnung nach § 14 Ladenschlussgesetz**

- Einstimmig -

Die Große Kreisstadt Kitzingen erlässt folgende, der Niederschrift als wesentlicher Bestandteil beiliegende Verordnung über die Freigabe von Verkaufssonntagen und die Freigabe von Verkaufszeiten während des allgemeinen Ladenschlusses gem. § 14 des Ladenschlussgesetzes (siehe Anlage).

**20. Punkt 3 der Tagesordnung: Sonstiges
Anfrage Stadträtin Wallrapp**

Anlässlich der Aufstellung einer Hinweistafel an der B 8 vor der Fa. „Mc Donalds“ durch das Stadtbauamt mit dem Hinweis auf Baugebiete in Kitzingen wurde die FBW darauf hingewiesen, dass es sich seitens der Stadt um einen „Schwarzbau“ handelt. Dies solle so nicht stehen gelassen werden. Die Aufstellung sei mit der Regierung von Unterfranken und den anderen Behörden abgesprochen worden. Stadträtin Wallrapp möchte hiermit für die Öffentlichkeit feststellen, dass die Stadt Kitzingen und auch Berufsm. Stadtrat Groß keinen „Schwarzbau“ erstellt hat. Vielmehr handelt es sich um eine bauliche Anlage, die genehmigt ist.

Berufsm. Stadtrat Groß berichtet insoweit, dass die Stadt Kitzingen eine formelle Genehmigung nicht besitzt. Ein Verfahren wurde jedoch durchgeführt. Es wurde darauf verzichtet, der Stadt selbst eine Genehmigung zu erteilen.

Bürgermeister Böhm schließt die öffentliche Sitzung um 19:37 Uhr.

Bürgermeister
gez.
Böhm

Protokollführer
gez.
Felbinger